

Wil, 1. Juli 2020

Dringliche Interpellation «Angepasste Aufgabenzuordnung innerhalb der Departemente durch den Stadtrat – Status Quo trotz Pensenverschiebungen?»

Im November 2018 verabschiedete das Parlament auf Antrag des Parlamentpräsidiums den Nachtrag I des Reglements über die Besoldung und Anstellung des Stadtrates u.a. mit einer neuen Verteilung der Pensen. Das Gesamtpensum des Stadtrates von 380% wurde dabei belassen, jedoch sind mit Ausnahme des Stadtpräsidiums (nach wie vor 100%) sämtliche anderen Stadtratsmandate gleichmässig mit 70% ausgestattet worden. Mit diesem Vorschlag wollte man für sämtliche Stadträte eine nachhaltige und ausgeglichene Basis für das zukünftige Wirken schaffen. Die Fraktionen zeigten sich einstimmig mit diesem Vorschlag einverstanden, gleichzeitig wurde der Stadtrat eingeladen, die Aufgabenzuteilung innerhalb der Departemente zu überprüfen und der neuen Gegebenheit anzupassen. Insbesondere durch die Reduktion des Mandates beim Departement Bildung und Sport, aber auch durch die permanente Überlastung aufgrund der Fülle der Geschäfte beim Departement BUV, schien aus Sicht des Parlamentes Handlungsbedarf. Man war und ist sich aber bewusst, dass die Aufgabenzuordnung in der alleinigen Kompetenz des Stadtrates liegt, dieser zeigte sich aber damit einverstanden, die Zuordnung zu überprüfen und die daraus resultierenden Änderungen bis Ende der jetzigen Legislaturperiode respektive auf Beginn der neuen Legislatur umzusetzen.

Mit der Medienmitteilung vom 26. Juni 2020 hat der Stadtrat über die von ihm beabsichtigten Änderungen die Öffentlichkeit orientiert. Dabei ist festzustellen, dass zwei aus seiner Sicht wesentliche Verschiebungen beschlossen worden sind: Das Departement Bau, Umwelt und Verkehr gibt den Bereich «Energie» an das Departement Versorgung und Sicherheit ab, der Bereich «Sicherheit» wechselt ins Departement Soziales, Jugend und Alter. Sowohl das Departement Finanzen und Verwaltung wie auch das Departement Integration und Kultur, welche beide im Verantwortungsbereich des unverändert 100% Pensum ausweisenden Stadtpräsidiums stehen, als auch das Departement Bildung und Sport, mit einem um 30% reduzierten Pensum, erfahren keine Änderung.

Obwohl die Geschäftsprüfungskommission in gewissen Punkten Anfangs Juni 2020 von den Absichten des Stadtrates informiert worden ist, sind die meisten der beschlossenen Massnahmen nur sehr bedingt nachvollziehbar. Aus diesem Grunde möchte die GPK mit diesem Vorstoss dem Stadtrat die Möglichkeit geben, mehr Klarheit in seine Intentionen hineinzubringen und sich dem Parlament zu erklären. Daraus könnten allenfalls von Seiten des Parlamentes auch einige Denkanstösse resultieren, weshalb eine Dringlichkeitserklärung Sinn macht.

Aus Sicht der GPK drängen sich für eine bessere Nachvollziehbarkeit der in diesem Zusammenhang gefällten Entscheidungen folgende Fragen auf:

1. Liegt der Umverteilung ein Gesamtkonzept zu Grunde? Wenn ja, kann dieses kurz erläutert werden, wenn nein, was waren die ausschlaggebenden Gründe für die doch eher bescheidenen Verschiebungen?
2. Wieso ist weder das Departement FV/DiK, noch das Departement BS in die Umverteilung miteinbezogen worden? Ergeben sich dort keine Änderungen?
3. Für drei Stadträte (FV/DiK, BS und VS) scheint die Umverteilung ein «Nullsummen»-Spiel zu sein. Bei den Departementen FV und DiK ist diese Tatsache rein vom Pensum her nachvollziehbar, bei den anderen zwei Departementen nicht.
 - a) Mit welchen unterstützenden Massnahmen ist im Departement Bildung und Sport zu rechnen, damit die Pensenreduktion der derzeitigen Departementsvorstehern aufgefangen werden kann?
 - b) Wie ist die Pensen-Erhöhung im Departement Versorgung und Sicherheit trotz einer kaum wahrnehmbaren Aufgabenerweiterung zu rechtfertigen?
 - c) Um wieviele Stunden wird der Departementsvorsteher BUV durch die getroffenen Massnahmen entlastet? Reichen diese aus für eine nachhaltige entlastende Situation des Departementsvorstehers?
4. Gibt es auch personelle Verschiebungen zwischen den Departementen? Wenn ja, welche Abteilungen sind davon betroffen, wenn nein, aus welchen Gründen wurde auf Massnahmen verzichtet, bei welchen personelle Veränderungen notwendig gewesen wären?
5. Sind die getroffenen Massnahmen definitiv oder lässt es sich der Stadtrat offen, die Aufgabenzuordnung nach einer gewissen «Probezeit» und vor allfälligen Stellenanträgen, welche mit den Pensenverschiebungen zusammenhängen, nochmals zu überdenken?

Geschäftsprüfungskommission der Stadt Wil

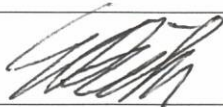


Dringliche Interpellation "Angepasste Aufgabenzuordnung..."

Parlamentarischer Vorstoss:

Erstunterzeichnende Person:

Geschäftsprüfungskommission / Luc Kauf, Präsident GPK

Name/Vorname/Partei	Unterschrift
Ammann Schläpfer Silvia, SP	
Bachmann Adrian, FDP	
Berisha Prend, CVP	
Böhi Erwin, SVP	
Bosshart Roland M., CVP	
Bullakaj Arber, SP	
Büsser Benjamin, SVP	
Ebnetter Manuela, FDP	
Egli Ursula, SVP	
Etter Urs, FDP	
Fischer Michael, GRÜNE prowil	
Flückiger Marc, FDP	
Gähwiler Susanne, SP	
Gehrig Christoph, CVP	
Gehrig Reto, CVP	
Gerber Daniel, FDP	
Gübeli Brigitte, CVP	
Hasler Christine, CVP	
Häusermann Erika, glp	
Hinder Thomas, SVP	

Name/Vorname/Partei	Unterschrift
Höpli Hans-Jörg, EDU	
Hürsch Christoph, CVP	
Kälin Christof, SP	
Kauf Luc, GRÜNE prowil	
Koller Sebastian, GRÜNE, Junge Grüne & KulturfreundInnen	
Lerch Patrik, SVP	
Luginbühl Dora, SP	
Malgaroli Marcel, FDP	
Moser Hans, CVP	
Noger Eva, GRÜNE prowil	
Rutz Roman, EVP	
Sarbach Michael, GRÜNE prowil	
Scherrer Louis, SVP	
Schweizer Erwin, CVP	
Schweizer Jannik, Jungfreisinnige	
Shitsetsang Jigme, FDP	
Stieger Pascal, SVP	
Trüb Nathanael, SVP	
Wick Guido, GRÜNE prowil	
Zahner Mark, SP	